



**Statement
von Oswald Metzger**

**Kuratoriumsmitglied der
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

**Pressekonferenz
„8 Punkte für mehr Wachstum und neue Jobs.“**

Berlin, 9. März 2005

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was ist der Nachteil an Partei- und Wahlprogrammen oder auch Koalitionsverträgen? Sie sind meist ein Kompromiss aus dem Notwendigen und dem Gewünschten. Fast immer gibt es Heilige Kühe, die weiter gemästet statt geschlachtet werden. In den Parteien lang gepflegte Ideale und Ideologien vernebeln den Blick auf das, was die ökonomische Vernunft gebietet. Unbequeme Wahrheiten fallen bei der Werbung um den Wähler als erstes unter den Tisch.

Es bietet sich also an, ein anderes, ein eigenes Programm aufzustellen, das diese Fesseln der praktischen Politik abstreifen kann und über all die anstehenden Hindernisse auf dem Weg zur Realisierung nach der bestmöglichen Lösung sucht. Dies haben wir mit der Studie „Vision D“ getan. Nüchtern betrachtet besteht die Untersuchung aus einer einfachen Methodik. Sie schaut sich im ersten Schritt gründlich um und stellt die Frage: Was hat wo und warum funktioniert? Im zweiten Schritt überträgt sie diese Modelle auf Deutschland und berechnet auf Basis des Modells des Sachverständigenrates, wie unser Land mit diesen Reformen im Jahr 2024 aussehen würde. Dabei zählten nur die nüchternen Zahlen und von der Wissenschaftswelt allgemein anerkannte Methoden zur Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Ergebnisse sind aus meiner Sicht verblüffend: verblüffend gut. Sie strahlen so viel Optimismus aus, wie man ihn in Deutschland vor jahrelang trainierter Schwarzmalerei schon gar nicht mehr gewöhnt ist. Denn folgen wir dem in der Studie skizzierten Weg, dann leben wir in 20 Jahren in einem Land, das die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung im Griff hat; das zum beliebten Anlaufziel für Fachkräfte und Wissenschaftler aus dem Ausland geworden ist; das kinder- und familienfreundlich ist; das bei niedrigen Steuer- und Abgabenquoten Wachstumsraten erzielt, die Deutschland international wettbewerbsfähig machen. Alles in allem: Wir sind wieder vorn. Eine schöne Vision! Aber ist sie auch realistisch?

Ich meine ja. Denn schließlich zeigen uns die Beispiele aus Schweden, Großbritannien und den USA, dass große Reformprogramme trotz großer Probleme zu bewältigen sind. Ich werde später noch kurz darauf eingehen, wie das aus unserer Sicht ge-

lingen kann. Zunächst möchte ich Ihnen aber sagen, was nach Meinung der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* getan werden muss.

Die Forderungen, die wir heute an die Politik richten, sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie ergeben sich aus dem empirischen Befund der Studie „Vision D“. Dort wurde detailliert untersucht, was in anderen Ländern, aber auch bei uns wirtschaftspolitisch erfolgreich war und zu mehr Wachstum geführt hat. Übertragen auf unsere heutige Situation kristallisiert sich somit ein Maßnahmenkatalog heraus, der nicht ideologisch motiviert ist, sondern schlicht und einfach den größten Erfolg auf dem Weg zu mehr Wachstum und neuen Jobs verspricht. Man kann diesen Katalog in acht Punkten zusammenfassen:

Punkt 1: Ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Dazu müssen alle Ausnahmen, d.h. Subventionen, gestrichen, die Steuerarten reduziert und die Steuersätze gesenkt werden. Personen- und Kapitalgesellschaften werden steuerlich gleich behandelt. Die Gewerbesteuer wird abgeschafft und durch einen kommunalen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt.

Punkt 2: Die Konsolidierung des Staatshaushalts: Deutschland braucht solide Staatsfinanzen. Die Neuverschuldung muss deutlich gesenkt werden. Es muss weniger Geld in konsumtive Ausgaben, z.B. Sozialleistungen, und mehr in Investitionen gelenkt werden.

Punkt 3: Die Neuordnung des Föderalismus: Das System des Länderfinanzausgleichs muss umfassend reformiert und der Wettbewerb unter den Ländern gestärkt werden. Nur so verbessern sich dauerhaft die Standortbedingungen in allen Bundesländern. Zudem ist es notwendig, die Finanzausstattung der neuen Länder stärker an die Ergebnisse ihrer Wirtschaftspolitik zu koppeln.

Punkt 4: Verschlinkung der Bürokratie. Genehmigungsverfahren für Investoren werden radikal verkürzt. Alle Verordnungen sind zudem mit einem Verfallsautomatismus zu versehen: Nur was sich in der Praxis bewährt, soll Bestand haben. Umge-

kehrt soll gelten: Wer bestehende Vorschriften erhalten will, muss deren Nutzen zwingend darlegen.

Punkt 5: Deutschland braucht bessere Bedingungen für Erwerbstätige. Dazu muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen deutlich verbessert werden. Stichworte sind hier bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und flexible Arbeitszeitmodelle. Zudem muss die Frühverrentung konsequent gestoppt werden. Neue Erwerbspotentiale sollten durch mehr Jobs für Geringqualifizierte und durch Kombilohnmodelle erschlossen werden. Auch die Zuwanderungspolitik muss sich an den Erfordernissen des hiesigen Arbeitsmarktes orientieren. Die Arbeitsanreize für Erwerbslose müssen verbessert und der Faktor Arbeit von Lohnzusatzkosten entlastet werden.

Punkt 6: Deutschland braucht eine moderne Tarifpolitik. Bei zukünftigen Tarifabschlüssen sollten sich die Tarifpartner auf eine Orientierung an der Produktivität verpflichten und erfolgsabhängige Entlohnungssysteme ausbauen. Insgesamt ist eine stärkere Lohndifferenzierung und die Ausweitung betrieblicher Öffnungsklauseln erforderlich. Wo notwendig, sollten längere Arbeitszeiten auch ohne Lohnausgleich ermöglicht werden.

Punkt 7: Ein besseres Bildungssystem. Die Bildungseinrichtungen brauchen Autonomie, um miteinander in den Wettbewerb zu treten. Zudem sollten Vor- und Ganztagschulen ausgebaut werden. Die Bildungsfinanzierung muss in Zukunft auch über Studiengebühren erfolgen, die über staatlich gesicherte Kredite vorfinanziert und nach dem Studium bei Erreichen eines Mindesteinkommens zurückzuzahlen sind.

Und schließlich Punkt 8: Die Modernisierung der Sozialsysteme. Deutschland braucht eine stabile Alterssicherung. Dazu muss das Rentenzutrittsalter auf 67 Jahre heraufgesetzt werden. Wer früher in Rente geht, muss höhere Abschläge als heute bei seiner Rentenzahlung hinnehmen. Im Gesundheitswesen muss eine risiko- und einkommensunabhängige Gesundheitsprämie eingeführt werden. Der Arbeitgeberanteil zur Gesetzlichen Krankenversicherung sollte mit dem Bruttolohn ausgezahlt werden. Für Menschen, die diese Gesundheitsprämie nicht aus eigenen Mitteln aufbrin-

gen können, soll es einen steuerfinanzierten Prämienzuschuss geben. Die gesetzliche Pflegeversicherung muss umgehend durch eine obligatorische private und kapitalgedeckte Pflegeversicherung ersetzt werden.

Von diesen Punkten sind natürlich einige schon aus der politischen Debatte bekannt. Aber neu ist: Die INSM hat gemeinsam mit dem IW ausgerechnet, dass diese Politik auch funktionieren kann. Professor Hüther hat Ihnen ja eben bereits geschildert, zu welchen positiven Resultaten man kommt, wenn man diesem Weg der angebotsorientierten Reformpolitik folgt. Und wie Sie wissen: Zahlen haben kein Parteibuch. Das ist der Unterschied zu den Programmen jeglicher parteipolitischer Couleur. Wenn Sie vergleichen, finden Sie in jedem Lager eine Einschränkung der oben genannten Forderungen.

Das wirft erneut die Frage auf, wie realistisch die Umsetzung eines solchen Programmes ist. Die Erfahrungen aus den Vergleichsländern der Studie zeigen, dass es keinen Königsweg gibt. Aber: Drei Empfehlungen lassen sich ableiten, die auch den deutschen Reformern eine Lehre sein können:

1. Kein Big Bang: Die Probleme wurden generell nicht mit einem wirtschaftspolitischen Generalangriff auf einen Schlag angegangen. Vielmehr wurde eine zeitliche Reihenfolge der einzelnen Reformmaßnahmen gewählt, damit der Erfolg auf einer Stufe sowohl den vorangegangenen Reformschritt absichert als auch eine tragfähige Basis für den nächsten Schritt darstellt.
2. Eine Politik des langen Atems: Das Reformprogramm war auf mehr als eine Legislaturperiode ausgerichtet. Schnelle Erfolge wurden bewusst nicht angepeilt und auch nicht versprochen.
3. Entschlossenheit: Die erfolgreichen Reformer haben sich nicht durch äußere Umstände vom eingeschlagenen Kurs abbringen lassen. Verteilungskonflikte – wie etwa der Bergarbeiterstreik in Großbritannien – und vorübergehende politische Misserfolge wurden einkalkuliert und bewusst in Kauf genommen.

Mit der „Vision D“ und den 8 Punkten für mehr Wachstum und neue Jobs gibt die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* der Politik ein Instrumentarium an die Hand, mit dem Reformen besser erklärt, aber auch besser umgesetzt werden können. Ich hoffe, dass die Vorschläge auf fruchtbaren Boden treffen. Und wer jetzt widerspricht und sagt, die Ziele sind zu hoch gegriffen oder erst in ferner Zukunft zu verwirklichen, dem möchte ich mit dem bekannten Zitat von Fellini antworten: „Der einzig wahre Realist ist der Visionär“.

Vielen Dank!